

1 **Leitantrag zum Kleinen Parteitag am 8. Mai 2010**

2 Beschluss des Landesvorstands am 13.3.2010

3
4
5 *Die Antragskommission wird beauftragt, aus der Einleitung auf den Seiten 2 und 3 dieser*
6 *Fassung sowie den als Material überwiesenen Texten der Jusos eine abgestimmte*
7 *Einleitung zu erstellen.*

8
9
10
11 **Keiner darf verloren gehen!**

12 **Gleiche Bildungschancen für alle**

13
14
15
16 **Bildung in Bayern 2030**

17
18 Wir werden dafür sorgen, dass im Jahr 2030 jeder Mensch in Bayern über Qualifikationen
19 verfügt, die ihm volle Teilhabe in unserer Gesellschaft und optimale Entfaltung seiner
20 Fähigkeiten ermöglicht. Deshalb entwickeln wir ein umfassendes Bildungsprogramm, das für
21 alle Altersgruppen die notwendigen Maßnahmen benennt, um dieses Ziel zu erreichen. Das
22 vorliegende Konzept zur schulischen und beruflichen Bildung ist dazu ein erster Baustein,
23 dem weitere Bausteine – unter anderem zu Hochschule und Weiterbildung – folgen werden.

24
25 Im Zentrum dieses Konzeptes steht die Überzeugung, dass möglichst langes gemeinsames
26 Lernen kombiniert mit individueller Förderung die beste Bildung für alle jungen Menschen
27 ermöglicht. Von dem heutigen, sozial ausgrenzenden Bildungssystem zum Bildungssystem
28 der Zukunft, in dem wirklich keiner mehr verloren geht, ist es ein langer Weg. Wir zeigen mit
29 diesem Konzept auf, wie wir diesen Weg gestalten.

30
31 In Bayern machen wir die Gemeinschaftsschule mit jahrgangsübergreifendem Unterricht von
32 Klasse 1 bis Klasse 10 zur Regel. Darauf aufbauend können Jugendliche in drei Jahren die
33 Hochschulreife erreichen oder eine moderne berufliche Ausbildung absolvieren. Um Brüche
34 in der Bildungsentwicklung der jungen Menschen zu vermeiden und eine möglichst große
35 Akzeptanz der Bildungsreform zu erreichen, behalten wir die Möglichkeit bei, das Abitur von
36 der 7. Klasse an auch auf einem sechsjährigen Gymnasium zu erreichen. Wir sind jedoch
37 davon überzeugt, dass die auf individueller Förderung beruhende Gemeinschaftsschule sich
38 gegenüber dem separaten Gymnasium durchsetzen wird und die „Schule für alle“ das
39 Erfolgsmodell für das Jahr 2030 wird.

40
41 **Einladung zum Dialog**

42
43 Bayern braucht eine umfassende Bildungsreform. Mit dem vorliegenden Bildungskonzept
44 eröffnen wir den Diskussionsprozess mit den Bürgerinnen und Bürgern. Wir geben uns nicht
45 damit zufrieden, das bessere Bildungsprogramm zu entwickeln. Wir werden es mit der
46 Mehrheit der Menschen in Bayern umsetzen.

47

1 Grundsätzliches zur Bildungspolitik in Bayern

2
3 Deutschland war über Jahrzehnte die führende Bildungsnation der Welt. Die öffentlichen,
4 staatlich finanzierten Schulen hatten einen exzellenten Ruf und die deutschen Universitäten
5 nach der Humboldt'schen Konzeption waren Vorbild, auch für die US-amerikanischen
6 Spitzenuniversitäten. Dieses hohe Gut muss gewahrt werden, auch und gerade unter den
7 veränderten sozialen und ökonomischen Bedingungen. Es ist für Kinder und Jugendliche
8 besser, gemeinsam zu lernen, die soziale Realität zu erfahren, und es ist Pflicht der
9 Lehrerinnen und Lehrer auf die Vielfalt der Begabungen jeweils individuell einzugehen. Die
10 bayerische Bildungspolitik berücksichtigt diesen Grundsatz nicht.

11
12 Zwar besteht Gewissheit darüber, dass wir uns auf dem Weg in die globale
13 Wissensgesellschaft befinden. Nicht so gewiss ist jedoch, wie sich diese
14 Wissensgesellschaft im Einzelnen weiter entwickeln wird. Vorstellbar sind prinzipiell zwei
15 Wege: Erleben wir eine zunehmende Spaltung in eine kleine alles dominierende
16 Wissenselite und eine große Gruppe mäßig und schlecht Ausgebildeter oder gelingt es, den
17 weit überwiegenden Teil der Bevölkerung hervorragend auszubilden und alle durch Bildung
18 zu integrieren? Für uns kann nur der zweite Weg in Frage kommen. Er verspricht nicht nur
19 wirtschaftlichen Erfolg, sondern ist auch der Einzige, der sozialen Zusammenhalt und
20 gesellschaftliche Stabilität garantiert.

21
22 Das bayerische Schulsystem setzt einseitig auf Leistungsdruck und eine viel zu frühe
23 Auslese, eine später kaum veränderbare Schullaufbahnentscheidung im 10. Lebensjahr.
24 Immer mehr Eltern, die es sich leisten können, schicken ihre Kinder auf teure Privatschulen.
25 Diese Entwicklung schwächt das staatliche Schulsystem und führt zu einer
26 bildungspolitischen Zweiklassengesellschaft. Die Bildungsverlierer sind insbesondere Kinder
27 aus armen und/oder bildungsfernen Elternhäusern und/oder Familien mit
28 Migrationshintergrund.

29
30 Die Ermöglichung gerechter Bildungschancen für alle Kinder in Bayern wird immer teurer
31 und von vielen Familien alleine aus finanziellen Gründen nicht mehr leistbar. Der
32 Bildungsauftrag des Staates wird immer mehr privatisiert und in die Elternhäuser verlagert
33 um Kosten zu sparen. Daran kann abgelesen werden, dass die bayerische Bildungspolitik
34 immer noch als Finanzpolitik verstanden wird.

35
36 Die individuelle Förderung der Schüler und Schülerinnen als Grundsatz der Pädagogik
37 kommt zu kurz und wird pauschal festgelegten Lehrplänen „geopfert“. Der individuelle
38 Entwicklungsstand der Schüler/innen steht zu wenig im Mittelpunkt der
39 Bildungsbemühungen. Oftmals können Eltern den Schüler/innen auch nicht mehr helfen, weil
40 sie selbst mit den Anforderungen der heutigen weiterführenden Schulen nicht mehr mithalten
41 können. Die schlechten Rahmenbedingungen an den bayerischen Schulen tun ein Übriges.

42
43 Bayern hat durch seine rückwärtsgewandte Bildungspolitik den Anschluss an die nationale
44 und internationale Bildungsentwicklung verpasst. Seit Jahren ist zu beobachten, dass die
45 europäischen Länder das gegliederte Schulwesen durch integrative Schulsysteme, die dem
46 Prinzip der individuellen Förderung folgen, ablösen. Seit Jahren ist bekannt, dass die
47 Rahmenbedingungen in den Bildungseinrichtungen stark verbesserungsbedürftig sind. Dies
48 gilt nicht nur für das Personal, sondern auch für die sächliche Ausstattung und die
49 räumlichen Gestaltung der Bildungseinrichtungen. Darüber hinaus ist seit Jahren bekannt,
50 dass das bayerische Bildungssystem ungerecht ist, benachteiligte Kinder und junge
51 Menschen nicht ausreichend integriert sind und dass die Bildungschancen der jungen
52 Generation vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Auch wird seit Jahren darauf hingewiesen,
53 dass der Weg zum Erhalt der wohnortnahen Schule über die regionale Schulentwicklung
54 führt. Stattdessen werden in Bayern Schulen geschlossen und die Regionen
55 bildungspolitisch stark geschwächt.

56

1 Der zweite Aspekt ist die Erziehung der Kinder. Erziehung ist nach dem Bayerischen
2 Erziehungs- und Unterrichtsgesetz auch Aufgabe der Schulen. Dies kann aber nur eine
3 ergänzende Aufgabe sein. Erziehung ist in erster Linie die Aufgabe und das Recht der
4 Eltern. Aber viele Eltern sind mit der Erziehung ihrer Kinder und den gesellschaftlichen
5 Herausforderungen überfordert, seien es grundlegende Fragen zur Kinderpflege oder
6 gesunden Ernährung oder spezielle Fragenstellungen zur Schullaufbahnentscheidung,
7 Jugendgewalt oder Medienkonsum. Auch die Vermittlung von Grundwerten wie zum Beispiel
8 der respektvolle Umgang miteinander, der Respekt vor der Umwelt, demokratische
9 Beteiligung und Beteiligung am Allgemeinwohl müssen stärker in erzieherischen Konzepten
10 eingebaut werden.

11
12 Diese Überforderung bedarf einer näheren Betrachtung. Es ist nicht so, wie von
13 konservativer Seite behauptet, dass Eltern die Erziehung ihrer Kinder vernachlässigen.
14 Diese Behauptung erweckt den Eindruck dass Eltern „keine Lust haben“ ihrer
15 Erziehungsverpflichtung nachzukommen. Vielmehr sind Eltern oftmals überfordert vor den
16 immer schwieriger werdenden gesellschaftlichen und schulischen Anforderungen der
17 heutigen Zeit. Manche kaufen Unterstützung ein, andere überlassen den Lehrer und
18 Lehrerinnen die Erziehungsaufgabe, einige überreagieren mit Gewalt oder
19 Vernachlässigung. Andere wiederum resignieren vor den Anforderungen und verabschieden
20 sich von der erzieherischen Verantwortung. Diese Eltern brauchen Hilfe. Sie brauchen
21 Beratung- und Unterstützung und keinen „moralischen Zeigefinger“.

22
23 Ein weiterer Grundsatz der von großer Bedeutung ist, ist der kostenfreie Zugang zu Bildung
24 als Grundlage für gerechte Lebenschancen als ein Menschenrecht zu begreifen. Der Zugang
25 zu Bildung darf weder abhängig sein von der ökonomischen oder sozialen Lage des
26 Elternhauses, noch von der kulturellen oder religiösen Prägung. Er darf auch nicht abhängig
27 sein von der individuellen Lebenssituation der Menschen. Demzufolge sind die
28 Bildungseinrichtungen als inklusive und fördernde Einrichtungen zu organisieren. Dies gilt
29 auch und insbesondere hinsichtlich des Übereinkommens über die Rechte von Menschen
30 mit Behinderungen der Vereinten Nationen.

31
32 Auch muss der Grundsatz gelten: „Kein Schüler und keine Schülerin darf die Schule ohne
33 Abschluss verlassen.“ Der Arbeitsmarkt wird sich weiter verengen. Junge Menschen ohne
34 Bildungsabschluss haben kaum Chancen ihr Leben eigenverantwortlich und ohne
35 institutionelle Hilfe zu bestreiten. Aus Bildungsarmut wird mit großer Wahrscheinlichkeit
36 soziale Armut. Insofern ist die Frage einer guten Bildung auch eine Frage der Sozialpolitik
37 der Zukunft.

38
39 Es ist deshalb erforderlich, das bayerische Bildungssystem den heutigen Realitäten, den
40 gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen anzupassen und den zentralen
41 sozialdemokratischen Grundsatz der Bildungsgerechtigkeit endlich auch in Bayern
42 umzusetzen.

43
44 Dazu bedarf es einer großen und nachhaltigen Bildungsreform in Bayern als
45 gesamtgesellschaftlichen Auftrag. Die von der Staatsregierung immer wieder eingeleiteten
46 Veränderungen sind Flickwerk und konzeptionslos. Dieser Aktionismus und die jahrelange
47 ideologisch geprägte Weigerung, die Bildungsentwicklung in den europäischen Ländern und
48 in den OECD Staaten aufzunehmen, zeigt, dass die CSU in Bayern in allen
49 bildungspolitischen Fragen statt modern und nachhaltig, rückwärtsgewandt ausgerichtet ist.
50 Die CSU in Bayern ist in bildungspolitischen Fragen reformunfähig und der FDP ist es nicht
51 gelungen, trotz programmatisch guter Ansätze, die dogmatische Politik der Staatsregierung
52 zu korrigieren.

53
54 Notwendig ist auch die politische Klarstellung, dass Bildungspolitik das zentrale Politikfeld
55 der Zukunft in Bayern ist. Bildungspolitik ist neben der eigenen Bedeutung für die
56 Lebenschancen der Menschen die entscheidende Sozial- und Wirtschaftspolitik der Zukunft.

57

1 Elf Ziele sozialdemokratischer Bildungspolitik in Bayern

2
3 „Bildung ist das, was bleibt, wenn man alles vergessen hat“, so beantwortet Julian Nida-
4 Rümelin, Professor der politischen Theorie und Philosophie an der LMU München die Frage,
5 was Bildung ist.

6
7 Eine gute Bildung geht weit über den Erwerb von Wissen, das als selbstverständlich
8 vorausgesetzt wird, hinaus und es ist durchaus Aufgabe der Bildungseinrichtungen in
9 Zusammenarbeit mit den Eltern diesen Grundsatz zu berücksichtigen. Bildung muss die
10 Menschen stärken.

11
12 Bildung ist eine bedeutende, wenn nicht die entscheidende soziale Dimension zur
13 Persönlichkeitsentwicklung. Nur durch Bildung können sich Menschen zu mündigen
14 Mitgliedern eines freiheitlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Gemeinwesens
15 entwickeln.

16 Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik ist,

- 17 1. Menschen in die Lage zu versetzen, immer komplizierter werdende Zusammenfänge
18 erfassen zu können, sich ein eigenes Urteil bilden zu können und Entscheidungen
19 verantworten zu können sowie die Fähigkeit zur Teamarbeit.
- 20 2. die Fähigkeit zur gegenseitigen Rücksichtnahme, Achtung und Respekt vor
21 unterschiedlichen Lebensformen, kultureller Prägungen und religiösen Überzeugungen
22 auszubilden, nach dem Grundsatz „integrieren statt spalten“.
- 23 3. die Fähigkeit zur Erarbeitung von Lösungen für die Probleme der modernen Welt zu
24 stärken. Dazu gehören Umwelt- und Energiefragen genauso wie Fragen der Integration.
25
- 26 4. die Befähigung der Menschen ihr Leben eigenverantwortlich gestalten zu können,
27 auszubilden. Sie müssen lernen, Verantwortung für sich selbst, für die Gesellschaft und
28 für die demokratische Grundordnung zu übernehmen.
29
- 30 5. über die Bedeutung der Beteiligung am gesellschaftlichen Leben und der Demokratie
31 aufzuklären und den Menschen unterschiedlichster Herkunft, kultureller Prägung und
32 religiöser Überzeugung die Teilhabe an der deutschen und bayerischen Kultur zu
33 ermöglichen.
- 34 6. die Menschen in die Lage zu versetzen, einen verantwortlichen Umgang mit den
35 unbegrenzten Möglichkeiten weltweiter Kommunikation zu erlernen.
- 36 7. individuelle Lern,- Lebens- und Entwicklungsbedingungen auszugleichen und so jedem
37 Einzelnen vergleichbare Lebenschancen zu eröffnen.
- 38 8. für Bildungsgerechtigkeit zu sorgen und allen den kostenfreien Zugang zu Bildung zu
39 ermöglichen.
- 40 9. die hohe Lernfähigkeit der Kinder im vorschulischen Alter besser zu fördern.
- 41 10. jedem Schüler und jeder Schülerin einen Schulabschluss zu ermöglichen. Es muss der
42 Grundsatz gelten: Keine Schüler und keine Schülerin verlassen die Schule ohne
43 Abschluss.
44
- 45 11. die Stärkung des öffentlichen Bildungswesens, die Verbesserung der
46 Rahmenbedingungen an allen Bildungseinrichtungen und den Ausbau und den Erhalt
47 einer wohnortnahen Bildungslandschaft.
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57

1 Zwölf Themen sozialdemokratischer Bildungspolitik in Bayern

4 1. Bildungsgerechtigkeit

6 Wichtiger Grundsatz aller Bildungs- und Erziehungsanstrengungen ist es, für gleiche
7 Bildungschancen zu sorgen. Allen Menschen, unabhängig von ihrer kulturellen oder
8 religiösen Herkunft, von ihrem Wohnort, von ihrem Geschlecht oder der soziokulturellen oder
9 ökonomischen Lage der Eltern wird ermöglicht, den bestmöglichen individuellen
10 Bildungsabschluss zu machen.

12 Das bayerische Bildungssystem ist in vielerlei Hinsicht ungerecht. Die Bildungschancen der
13 Schüler hängen in Bayern erkennbar vom Wohnort, von der Herkunft und Geldbeutel der
14 Eltern ab.

17 Daten und Fakten

19 Ungerechtigkeit aufgrund des Wohnorts:

21 Die Übertrittsquote an ein Gymnasium im Schuljahr 2008/2009 liegt im Landkreis Donau-
22 Ries bei 24,7% und im Landkreis München-Land bei 61%. Die Übertrittsquote an eine
23 Hauptschule liegt in Landkreis München Land bei 20,3% und in Schweinfurt-Stadt bei 48,9%

25 Ungerechtigkeit aufgrund der Nationalität:

27 Die Übertrittsquote ausländischer Kinder an ein Gymnasium liegt im Landkreis Kronach bei
28 3,4% und im Landkreis München bei 37,1%.

30 Während 36,4% der deutschen Kinder nach der Grundschule eine Hauptschule besuchen,
31 sind es bei Kindern mit Migrationshintergrund 61,6%. An ein Gymnasium gehen 38,4% der
32 deutschen Kinder aber nur 20,3% der ausländischen Schüler und Schülerinnen. In Bayern
33 hat die Hälfte der Jugendlichen aus Familien mit Migrationshintergrund eine verzögerte
34 Schullaufbahn.

36 Soziale Ungerechtigkeit:

38 Die Chance von Kinder höherer Beamten ein Gymnasium zu besuchen ist viermal höher als
39 die von Facharbeiterkinder. Je höher das monatliche Nettoeinkommen der Familie ist, desto
40 bessere Noten erreichen sie im Zeugnis.

42 (Quellen: Statistische Informationen des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus in
43 Bayern, Pisa Studie 2006, Bildungsbericht Bayern 2006)

46 **Wir werden,**

- 48 - sämtliche Bildungseinrichtungen, von der Kindertagesstätte bis zum Studium kostenfrei
49 stellen. Dies gilt auch für den sächlichen Schulbedarf und die Aufwendungen für
50 verpflichtende Schulveranstaltungen. Wir werden Studiengebühren abschaffen.
- 52 - individuelle Leistungs- und Entwicklungsunterschiede der Kinder und der Schülerinnen
53 und Schüler durch eine fördernde Pädagogik- und Erziehungsmethoden ausgleichen.
54 Dabei ist auf die Sprachförderung für alle Kinder besonderen Wert zu legen.
- 56 - die Bildungseinrichtungen den Kindern und den Schülerinnen und Schülern anpassen
57 und nicht umgekehrt.

- 1
2 - das bisherige Prinzip der zeitgenauen Leistungsgleichheit durch das Prinzip der
3 individuellen Förderung in längeren Zeiträumen ablösen. Wir werden den bisherigen
4 Grundsatz der rein wissensbasierten „Schulaufgabenschule“ durch den Grundsatz des
5 nachhaltigen Lernens ablösen.
6
7 - dafür sorgen, dass kein Schüler und keine Schülerin die Schule ohne Abschluss verlässt.
8
9

10 **2. Paradigmenwechsel – Neues Lernen und neues Lehren**

11
12 „Wenn wir die Kinder des 21. Jahrhunderts von Lehrern mit einem Ausbildungsstand des 20.
13 Jahrhunderts in einem Schulsystem unterrichten lassen, das im 19. Jahrhundert konzipiert
14 wurde und sich seitdem nur graduell verändert hat, dann kann das so nicht funktionieren.“
15 (Andreas Schleicher , PISA Koordinator)
16

17 Die Schulen der Zukunft zeichnen sich aus durch ein Höchstmaß an Selbständigkeit und
18 Selbstverantwortung. Schulen sollen zuständig sein für die selbständige pädagogische
19 Profilbildung, die eigenverantwortliche Gestaltung des Unterrichts, die selbständige
20 Verwaltung eines Budgets und die Freiheit Personalentscheidungen treffen zu können.
21

22 Die Bildungspolitik der Zukunft muss unterschiedliche individuelle Lernangebote bereitstellen
23 und darf sich nicht auf unterschiedliche Schularten konzentrieren. Die Schulorganisation der
24 Zukunft liegt neben dem gemeinsamen Unterricht im Klassenverband, in
25 jahrgangsgemischten oder klassenübergreifenden heterogenen Lerngruppen. Entscheidend
26 ist dass sich Lehren und Lernen an der individuellen Entwicklung und Leistungsfähigkeit der
27 Schüler und Schülerinnen orientiert.
28

29 Bayern geht einen anderen Weg. Die Staatsregierung setzt auf „gleichschrittiges Lernen“ wo
30 jeder Schüler, jede Schülerin unabhängig der individuellen Entwicklung und
31 Leistungsfähigkeit punktgenau ein vorgeschriebenes Lernpensum erreicht haben muss. Dies
32 führt zu Demotivation, Über- oder Unterforderung und Ungerechtigkeiten.
33

34 Prinzip des Lernens ist, das untere Leistungsniveau ständig anzuheben und Stärken der
35 Schüler und Schülerinnen zu fördern. Die Lehrer und Lehrerinnen sind Mentoren und
36 Mentorinnen für die Lernenden. Neben der Vermittlung von Grundwissen und Fachwissen
37 wird die Sozialkompetenz in den Lernzielkatalog aufgenommen.
38 Jedes Kind ist anders, hat eigene individuelle Fähigkeiten und Neigungen aber auch
39 individuelle Lebenssituationen. Die Bildungseinrichtungen müssen sich auf diese
40 Individualität einstellen und nicht umgekehrt. Die Schule muss sich an die Schüler anpassen.
41 Grundlage muss es aber sein, jedem Einzelnen den für ihn nach seinen individuellen
42 Fähigkeiten gangbaren Bildungsweg zu eröffnen.
43

44 Bildung und Leistung kann nicht „herbeikommandiert“ werden. Dies gilt auch und
45 insbesondere für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Das gesamte bayerische
46 Bildungssystem muss nach dem Grundsatz organisiert werden, alle Kindern und
47 Jugendlichen unabhängig vom Bildungshintergrund der Eltern, nach Neigungen, Fähigkeiten
48 und der unterschiedlichen Entwicklung jedes Einzelnen individuell zu fördern. Die
49 Konsequenz ist, alle Bildungseinrichtungen zu inklusiven Fördereinrichtungen umzubauen.
50

51 Individuelle Förderung braucht Zeit und Raum. Zeit ist die Grundvoraussetzung für die
52 Entwicklung der Kinder und der Schüler und Schülerinnen. Zeit für das Lernen und Zeit für
53 das Üben. Das pädagogische Personal braucht Zeit um einen kreativen und pädagogisch
54 hochwertigen Unterricht zu gestalten. In Bayern wird zu wenig individuell gefördert, zu früh
55 und zu oft selektiert. Die Schüler/innen werden auf Schulaufgaben punktgenau „hin
56 getrimmt“, anstatt Zusammenhänge zu erklären und zu erarbeiten. Was zählt ist kurzfristiges

1 schulaufgabenzentriertes Wissen und weniger nachhaltiges Lernen und Verstehen. In
2 Bayerns Bildungseinrichtungen gibt es zu wenig Zeit zum Lernen.

3
4 Dies führt, wie am neu eingeführten G8 zu erkennen ist, zu Turboschulen mit der Folge, dass
5 der Unterricht nach Hause verlagert wird. Wer in der Schule nicht mitkommt, muss den
6 umfangreichen Lehrstoff zu Hause „verstehen lernen“. Wenn er kann!

9 **Daten und Fakten**

10
11 Die Quote derjenigen Schüler/innen, die das G8 nicht mit Abitur beenden, liegt bei
12 geschätzten 40%.

13
14 9,2% aller Schüler/innen der 9.Klassen wiederholen das Schuljahr freiwillig.

15
16 9043 junge Menschen verließen im Schuljahr 2007/2008 die Schule in Bayern ohne
17 Abschluss, davon kamen 3350 aus der Hauptschule.

18
19 Vom Gymnasium wechselten 6807 Schüler/innen in eine Realschule. Von der Realschule
20 wechselten 4441 Schüler/innen in eine Hauptschule. Im Gegenzug wechseln „nur“ 703
21 Schüler/innen von der Realschule in ein Gymnasium (Schuljahr 2007/2008)

22
23 50 000 Schüler/innen wiederholen jedes Jahr das Schuljahr. Die Kosten belaufen sich auf
24 270 Mio. Euro jährlich.

25
26 30% aller Schüler/innen besuchen im dreigliedrigen Schulsystem eine Schule unter oder
27 über ihrem Leistungsniveau. Das heißt, das dreigliedrige Schulsystem produziert sehr viele
28 über- oder unterforderte Kinder.

29
30 Jeder dritte bis vierte Schüler beansprucht im Laufe der Schullaufbahn Nachhilfe, dafür
31 werden ca. 150 Euro monatlich ausgegeben. Für Bayern heißt das, bei 1,8 Mio.
32 Schüler/innen ca. 60 Mio. Euro Nachhilfekosten pro Jahr.

33
34 (Quellen: Bildungsstatistik des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus,
35 Studie der Bertelsmann Stiftung zu Klassenwiederholungen, Studien Wissenschaftszentrum
36 Berlin für Sozialforschung, Studien im Auftrag des BMBF

38 39 **Wir werden,**

- 40
41 - die Grundsätze des fördernden und individualisierten Lernens zum Maßstab für die
42 weitere Schulentwicklung machen.
43
44 - individuelle Förderpläne und Portfolios für jeden Einzelnen von Anfang an anlegen und
45 über die gesamte Schulzeit weiterführen. Sie ergänzen die Noten zugunsten einer
46 ganzheitlichen Leistungsbewertung der Schüler und Schülerinnen bis zum Ende der
47 Schulpflicht. Damit rücken wir die Gesamtpersönlichkeit der Schüler und Schülerinnen in
48 den Mittelpunkt und Noten verlieren ihre ausschließliche Bedeutung. Eine alleine auf
49 Noten abgestellte Bildungskarriere verstärkt die soziale Ungerechtigkeit im
50 Bildungssystem.
51
52 - die Bildungseinrichtungen dem individuellen Lerntempo der Schüler/innen anpassen und
53 nicht umgekehrt.
54
55 - das Sitzenbleiben durch Stütz- und Förderkurse ersetzen.
56

- 1 - an allen Bildungseinrichtungen, insbesondere an Schulen, Schulpsychologen/innen und
2 Schulsozialarbeiter/innen als pädagogisches Personal vorhalten. Diese werden im
3 Rahmen des Schulfinanzierungsgesetzes in den Stellenplan des Kultusministeriums
4 aufgenommen.
5
6 - gleichschrittiges Lernen – Lernen zum gleichen Zeitpunkt, mit dem gleichen Tempo und
7 mit dem gleichen Stoffangebot - durch ein am individuellen Lernfortschritt orientiertes
8 Lernen ersetzen.
9
10 - das Schulaufgaben- und prüfungszentrierte Lernen, das lediglich ein kurzfristig
11 gespeichertes Wissen für Prüfungen generiert, durch ein nachhaltiges Lernen ersetzen.
12
13 - die Organisation und Öffnungszeiten der Bildungseinrichtungen, insbesondere der
14 Schulen, am Bedarf der Familien ausrichten. Die Schulen werden bedarfsgerecht zu
15 gebundenen Ganztagschulen umgebaut. Jeder Schüler und jede Schülerin hat einen
16 Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz.
17
18 - die Lernumgebung an allen Bildungseinrichtungen als „dritten Pädagogen“ gestalten.
19 Notwendig ist ein Sonderinvestitionsprogramm „Lernort Bildung“ des Freistaates Bayern.
20
21

22 **3. Neues Lehrerleitbild**

24 Ein neues Lernen und Lehren setzt auch ein neues Lehrerleitbild voraus. Folglich bedarf es
25 der Reform der Lehrerbildung und der Qualifizierung der Lehrer und Lehrerinnen.
26

27 Die Schule der Zukunft stellt neue Herausforderungen, welche die Lehrer/innen nur dann
28 bewältigen können, wenn sie bereits von Beginn der Ausbildung darauf vorbereitet werden.
29 Lehrkräfte müssen in verstärktem Maße Schüler/innen mit unterschiedlichem sozialen,
30 sprachlichen, familiären und kulturellen Hintergrund individuell und effektiv unterrichten. Sie
31 müssen unterschiedliche Begabungen, Lern- und Verhaltensdefizite und Hochbegabungen
32 frühzeitig erkennen und damit umgehen können. Lehrer/innen für eine nachhaltige
33 Bildungspolitik sind Initiatoren/innen, Moderatoren/innen und Lernbegleiter/innen und
34 Erzieher/innen zugleich. Das gesamte pädagogische Personal an den Bildungseinrichtungen
35 vermitteln nicht nur Wissen und Grundkompetenzen, sie vermitteln Strategien zum
36 eigenverantwortlichen Lernen und zur selbständigen Gestaltung von Lernprozessen.
37 Darüberhinaus sind Lehrer/innen Vermittler zwischen Bildungseinrichtung und Berater/in von
38 Eltern. Diese gewaltige und wichtige Aufgabenstellung erfordert eine Reform der Ausbildung
39 und eine kontinuierliche Fort- und Weiterbildung aber auch qualifizierte
40 Supervisionsmaßnahmen.
41
42

43 **Wir werden,**

- 45 - die Barrieren des Lehramtes nach Schulformen zugunsten einer Lehramtsausbildung, die
46 interdisziplinären Unterricht ermöglicht, abbauen.
47
48 - neben den fachlichen Kompetenzen die Teamfähigkeit, Diagnosefähigkeiten, sozial- und
49 entwicklungspsychologische Kenntnisse, erziehungswissenschaftliche Kenntnisse zum
50 Schwerpunkt der universitären Ausbildung machen.
51
52 - Die Ausbildung für die einzelnen Schulstufen - Primarstufe, Sekundarstufe I/ II – sowie
53 für die berufliche Bildung werden angeglichen. Dabei wird für alle
54 Lehramtsstudenten/innen ein pädagogisches Grundstudium eingeführt. Die
55 Spezialisierung für ein angestrebtes Lehramt erfolgt erst nach dem Bachelorabschluss.
56 Der Masterabschluss ist der Regelabschluss für ein Lehramtsstudium.
57

- 1 - die Praxisanteile an der Ausbildung werden von Beginn des Studiums durch den Ausbau
2 von schulpraktischen Studien, Blockpraktika und/oder Semesterpraktika verstärkt.
3
4 - anstelle des Referendariats für Junglehrer/innen eine Berufseinführungsphase schaffen,
5 in der die Junglehrer/innen mit der Hälfte der Unterrichtsverpflichtung bei vollen Bezügen
6 auf das eigenständige Unterrichten vorbereitet werden.
7
8 - für alle Lehramtsstudierenden ein fundiertes Grundwissen aus der Förderpädagogik
9 einbauen, um künftig die Inklusion in allen Schulstufen möglich zu machen und für die
10 Kinder mit Handicaps optimale Rahmenbedingungen zu schaffen.
11

12 13 **4. Auf den Anfang kommt es an – frühkindliche Bildung stärken**

14
15 Bereits die ersten Lebensjahre entscheiden mit darüber, ob ein Kind später seine
16 individuellen Potenziale entfalten kann oder nicht. Kleinkinder profitieren nachweislich umso
17 stärker von Bildungsprogrammen, je mehr die Eltern als wichtigste Erziehungspersonen
18 daran teilhaben und die Kinder fördern.
19

20 Wir wollen ein staatliches, flächendeckendes Programm zum Um- und Ausbau aller
21 vorhandenen Einrichtungen zu „Kompetenzzentren Bildung und Erziehung“. Dazu gehören
22 zum Beispiel Beratungsstellen während der Schwangerschaft, Mütterzentren, Kinderkrippen,
23 Kindertageseinrichtungen, Mehrgenerationenhäuser und Grundschulen die sich in einem
24 gemeinsamen Konzept der individuellen Förderung organisieren.
25

26 Ziel ist die aktive Unterstützung, Beratung und unbürokratische Hilfestellung für Familien in
27 allen Lebenslagen, um bestmögliche Entwicklungs-, Bildungs- und Lebenschancen für alle
28 Kinder, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, zu eröffnen.
29

30 **Daten und Fakten**

31
32 Die Zuständigkeit für die Kindertagesstätten liegt in Bayern beim Sozialministerium, die für
33 die Schulen beim Kultusministerium. Das führt zu unabgestimmten Bildungsplänen und der
34 Bruch beim Übergang vom Kindergarten in die Grundschule ist enorm.
35

36 Das pädagogische Personal in den Kindertagesstätten wird in Fachakademien und
37 Fachschulen ausgebildet und erreicht nicht Hochschulniveau wie Grundschullehrerinnen.
38

39 **Wir werden,**

- 40 - die politische Priorität auf die Stärkung des Bildungsauftrages der Kindertagesstätten
41 legen.
42
43 - an den Universitäten Lehrstühle für frühkindliche Bildung einrichten, mit dem Ziel zu
44 forschen und auszubilden. Dieser Studiengang wird mit der Lehrerausbildung der
45 Primarstufe vernetzt.
46
47 - ein anspruchsvolles und anregendes Spiel- und Lernumfeld mit entsprechender
48 Betreuung und fachlicher Anleitung im frühkindlichen, kindlichen und schulischen Bereich
49 Bildung anbieten.
50
51 - die Sprachkompetenz von Kindern und Eltern fördern. Das gilt vor allem für die
52 Mehrsprachigkeit.
53
54 - Gesellschaftliche und kulturelle Integration von Familien und Kindern mit
55 Migrationshintergrund vorantreiben.
56

- 1 - den Familien beim Übergang von der Kindertagesstätte in die Grundschule und von dort
2 in die weiterführenden Schulen Unterstützung anbieten.
- 3
- 4 - Elternschulung und Beratung im Bereich Erziehung, Gesundheit, Ernährung, bis hin zu
5 beschäftigungsfördernden Fortbildungsmaßnahmen durchführen.
- 6
- 7 - Gesundheitsaufklärung und -vorsorge, beginnend in der Schwangerschaft anbieten.
- 8 - Krisenintervention bei individuellen Problemen einrichten.
- 9

11 **5. Die Schulstruktur**

13 Grundsätzlich gilt, Schulformen sind kein Selbstzweck, sondern sollen einen optimalen
14 organisatorischen Rahmen bieten, sich an einer modernen pädagogischen Entwicklung
15 orientieren und dazu beitragen, gerechte Bildungschancen herzustellen. Notwendig sind
16 integrative Schulen in denen länger gemeinsam gelernt wird und in denen die individuellen
17 Fähigkeiten der Schüler und Schülerinnen optimal gefördert werden können.

19 In einem Flächenland wie Bayern ist auch den unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten
20 durch regionale Bildungslandschaften Rechnung zu tragen. Dabei ist wichtiges Ziel, dass
21 Kinder und Jugendlichen wohnortnahe Angebote vorfinden, in denen die bestmöglichen
22 Bildungsabschlüsse angeboten werden.

24 Das dreigliedrige Schulsystem in Bayern wird diesem Anspruch schon lange nicht mehr
25 gerecht. Selektionsinstrumente werden abgeschafft. Keiner wird ausgelesen, zurückgestellt
26 oder in andere Schulformen abgeschoben. Die Ausschließlichkeit der Noten wird relativiert
27 und durch ganzheitliche Leistungsbeurteilungen ergänzt. Klassenwiederholungen werden
28 abgeschafft.

30 Das dreigliedrige Schulsystem in Bayern hat zur Auflösung von hunderten Schulstandorten
31 geführt.

33 Hinzu kommt die demographische Entwicklung in Bayern. Die Zahl der 10- bis 16-jährigen
34 wird bis zum Jahr 2035 in Bayern um rund 20% in einigen Landkreisen um mehr als 30%
35 zurückgehen. Zusammen mit dem verständlichen Ziel der Eltern, ihre Kinder an Schulen zu
36 schicken, die zumindest einen Mittleren Bildungsabschluss anbieten wird dies zu einem
37 „Aussterben der Hauptschule“ führen.

39 **Daten und Fakten**

41 30% der Schüler/innen in Bayern besuchen eine Schulart, in der sie über- oder unterfordert
42 sind.

44 Ein Schulartwechsel nach der 5.Klasse ist die Ausnahme. Es verlassen deutlich mehr
45 Schüler/innen eine Schularten „nach unten“ als umgekehrt.

47 Die Realschulen verzeichnen in den letzten Jahren einen Schüleranstieg um 70 000
48 Schüler/innen.

50 Die Berufsoberschulen haben ihre Schülerzahlen in den letzten Jahren auf 12 690
51 Schüler/innen verdoppelt.

53 Die Gymnasien mussten mit einem Schüleranstieg von 60 000 Schüler/innen auf insgesamt
54 382 000 Schüler/innen im Schuljahr 2008/2009 fertig werden.

56 Die Zahl der Hauptschüler/innen sank in den letzten 8 Jahren um 90 000 Schüler/innen.

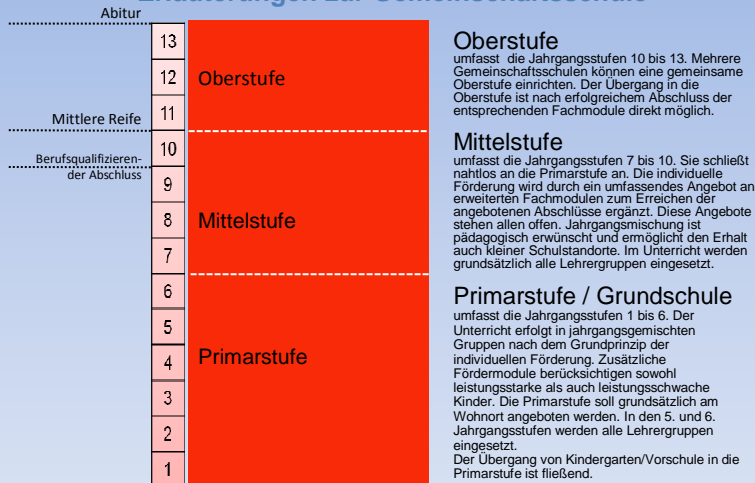
1 (Quellen: Statistische Informationen des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus in
2 Bayern)

3
4 **Wir werden,**

- 5
6 - alle Schulstandorte künftig als Gemeinschaftsschule – in der Regel im
7 Ganztagsbetrieb – organisieren. Gymnasien werden ab Klasse 7 geführt.
8
9 - die Gemeinschaftsschule nach den Prinzipien „länger gemeinsam lernen“,
10 „wohnortnah“ und in der Regel als Ganztagschule organisieren. Um die vielen
11 kleinen Schulstandorte in Bayern zu erhalten, ist die Gemeinschaftsschule durch
12 moderne jahrgangs- und klassenübergreifender Konzepte so zu gestalten, dass sie
13 auch in kleinen Einheiten ab 100 Schüler/innen ein differenziertes Bildungsangebot
14 anbieten kann.
15
16 - an den Gemeinschaftsschulen die Jahrgangsstufen 1 bis 10 führen. Bei Bedarf kann
17 eine dreijährige Oberstufe angegliedert werden. Damit besteht die Möglichkeit, alle
18 Schulabschlüsse anzubieten.
19
20 - das Gymnasium ab Klasse 7 in der Regel als gebundene, rhythmisierte
21 Ganztagschule organisieren. Der Zugang zum Gymnasium erfolgt auf Antrag und
22 nach intensiver Beratung der abgebenden und aufnehmenden Schule. Das
23 Übertrittszeugnis entfällt.
24
25 - die kommunalen Gebietskörperschaften mit mehr Zuständigkeiten bei der Erstellung
26 einer verbindlichen und passgenauen Bildungs- und Schulplanung ausstatten. Dazu
27 wird in jeder Region ein Bildungsplan erstellt, der laufend fortgeschrieben wird.
28
29

Schulstruktur in Bayern

Erläuterungen zur Gemeinschaftsschule

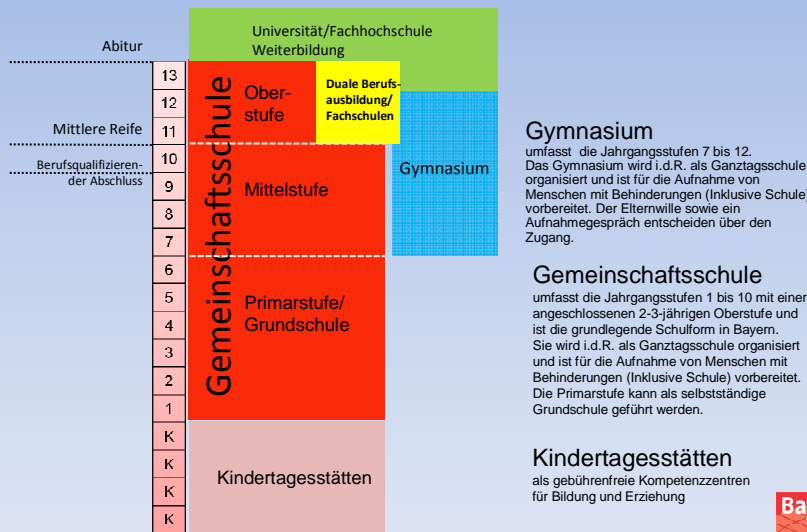


Die Gemeinschaftsschule ist die Standardschulform in Bayern und umfasst die Jahrgangsstufen 1 mit 10 mit einer angeschlossenen 3-jährigen Oberstufe. Sie wird i.d.R. als Ganztagschule organisiert und ist für die Aufnahme von Menschen mit Behinderungen (Inklusive Schule) vorbereitet. Die Gemeinschaftsschule ermöglicht für alle einen Bildungsweg ohne Brüche und führt zu allen Abschlüssen, die die Kultusministerkonferenz (KMK) vorsieht. Das Sitzenbleiben ist abgeschafft



1
2

Schulstruktur in Bayern



SPD-Landtagsfraktion - Arbeitskreis Bildung, Jugend und Sport



3
4
5

6. Berufliche Bildung

Mehr als die Hälfte der Jugendlichen in den jeweiligen Jahrgängen sucht nach Ende der Schulzeit eine berufliche Ausbildung. Auch die Analysen für den künftigen Fachkräftebedarf zeigen, dass die Qualifikationen aus beruflichen Ausbildungen weiterhin stark gefragt sein werden.

Das Duale System unterliegt jedoch einer schleichenden Auszehrung, unfreiwilligen Verstaatlichung, erheblichen Fehlsteuerungen und Qualitätsmängeln. Die hohe Zahl von SchulabgängerInnen ohne Abschluss und mit mangelnder Ausbildungsfähigkeit einerseits und die teilweise enorm gestiegenen Anforderungen der Betriebe andererseits erschweren den Übergang von der Schule ins Erwerbsleben.

Bei der Schaffung von „theoriegeminderten“ Berufen für „eher praktisch begabte Jugendliche“ besteht die Gefahr, dass deren Berufsfähigkeit herabgesetzt wird. Damit geht ein höheres Arbeitslosigkeits-Risiko einher.

Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene dafür ein, ein auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot zu schaffen und die berufliche Bildung so zu modernisieren, dass sie die Basis für eine spätere beruflichen Arbeits- und Arbeitsstellenflexibilität schafft.

Daten und Fakten

Die derzeit verbesserten Ausbildungsplatzchancen sind lediglich auf den dramatischen Geburtenrückgang der derzeitigen SchulabgängerInnen zurückzuführen. Wird eine Angebots-Nachfragerelation von 112,5 zu 100 – wie vom Bundesverfassungsgericht geforderte – als Maßstab für ein auswahlfähiges Ausbildungsangebot zugrundegelegt, bedeutete dies für 2008 ein Defizit ab Ausbildungsstellen von 22,8 Prozent.

Bis zum 30. September 2009 566.004 Ausbildungsverträge geschlossen. Das ist gegenüber dem Vorjahresniveau ein Rückgang von 8,2 Prozent.

Im Jahr 2005 waren 1,57 Millionen Jugendliche im Alter von 20 und 29 Jahren ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Das ist ein Anteil der ungelerten Jugendlichen an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung von 17%. 400.000 Jugendliche „verschwinden“ im Übergangssystem zwischen Schule und Beruf.

Der Anteil von Frauen an neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen mit 42% liegt weiterhin deutlich unter dem Anteil der Männer. Zudem werden junge Frauen häufiger in Berufen mit niedrigeren Ausbildungsvergütungen ausgebildet als junge Männer. In Bayern lag der Anteil der weiblichen Auszubildenden in Bayern 2009 mit 43,9% nur leicht über dem Bundesdurchschnitt (42,0%) liegt. Auffällig ist jedoch, dass mit 48,1% der Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in der Landwirtschaft mit einer verkürzten Dauer in Bayern wesentlich vom Bundesdurchschnitt (23,5%) oder auch im Vergleich zu Baden-Württemberg (28%) oder Schleswig-Holstein (20,6%) mit ebenfalls ländlicher Struktur abweicht.

Wir werden,

- das Duale System der Berufsausbildung zu einem zentralen Element unserer Bildungspolitik zu machen.
- eine gesetzliche Ausbildungsplatzgarantie und eine Ausbildungsplatzumlage durchsetzen, die einen Lastenausgleich zugunsten ausbildender Betriebe schafft.
- eine breite Qualifikationsbündelung bei der Ausbildung sicherstellen, die zum beruflichen Handeln befähigt, die Grundlagen für selbstständiges Weiterlernen schafft und breite

1 Vermittlungs- und Arbeitsmarktchancen eröffnet. Eine Ausdehnung von Ausbildungen mit
2 kürzerer Ausbildungsdauer werden wir verhindern.

- 3
- 4 • Auszubildenden den Zugang zu den Hochschulen erleichtern und die in der beruflichen
5 Ausbildung erworbenen Qualifikationen auf ein Hochschulstudium anzurechnen.
- 6
- 7 • Die geschlechtsspezifische Segregation bei der Ausbildung mit geeigneten Maßnahmen
8 überwinden.
- 9
- 10 • die Ausbildungsberufe im Gesundheits- und Sozialwesens nach den Vorschriften des
11 Berufsbildungsgesetzes organisieren.
- 12
- 13 • die Ausbildung im Betrieb mit dem schulischen Unterricht unter anderem durch
14 flächendeckende regionale Ausbildungskonferenzen besser verzahnen.
- 15

16

17 **7. Weiterbildung – vom Mangel zum System**

18 Die Bedeutung der Bildung nach der Schule wird immer größer. Die notwendige Flexibilität
19 am Arbeitsmarkt, die wirtschaftliche Entwicklung und die Globalisierung machen die
20 berufliche Bildung und die Erwachsenenbildung aus existenziellen Gründen unverzichtbar.
21 Die Förderung individueller Kompetenzen und Lebenserfahrungen, die soziale Integration
22 und die politische Partizipation, kurz der Erhalt der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bis
23 ins hohe Lebensalter sind eine zentrale Aufgabe der Zukunft.

24 Neben einer nachhaltigen Reform der allgemeinbildenden Schulen ist auch das System der
25 beruflichen Bildung zukunftsfähig zu gestalten. Die Erstausbildung ist dabei der wichtigste
26 Grundstock für den Start in eine berufliche Karriere.

27 Wenn das Recht auf Bildung ein Menschenrecht ist, dann gilt dieser Grundsatz nicht nur für
28 die vorschulische oder schulische Bildung, sondern das „Menschenrecht Bildung“ gilt immer,
29 also auch für Erwachsene.

30 Die Umsetzung des Prinzips des lebenslangen Lernens geschieht nicht systematisch und ist
31 dem Einzelnen überlassen. Die wachsende Bedeutung des lebenslangen Lernens spielt in
32 Bayern eine untergeordnete Rolle.

33 **Daten und Fakten**

34 Die Teilnahme der deutschen Bevölkerung an der beruflichen Weiterbildung und an
35 allgemeiner Weiterbildung liegt mit 43% deutlich niedriger als – auch mit Blick auf den
36 aktuellen Arbeitsmarkt – erforderlich, erst recht im internationalen Vergleich (z. B.
37 Skandinavische Länder mit über 50%). Die betriebliche Weiterbildung liegt im Mittelfeld der
38 europäischen Länder.

39 Die Professionalisierung der Weiterbildung in Unternehmen, z.B. im Hinblick auf
40 Bedarfsermittlung, Weiterbildungsplanung, Aufstellung eines Weiterbildungsbudgets und
41 Evaluierung lässt einen geringen Grad der Systematisierung erkennen. Bei der
42 Weiterbildung herrscht eine Unter- und Fehlversorgung mit Angeboten. Dies wird verstärkt
43 von einer sozialen Selektivität, gravierenden Qualitätsproblemen und hoher Intransparenz,
44 welche den individuellen und gesellschaftlichen Nutzen von Lernbemühungen gefährdet. So
45 haben Faktoren wie das Lebensalter, der Bildungsstatus, ein Erwerbsstatus als ArbeiterIn,
46 Migrationshintergrund, Teilzeit- oder geringfügige Beschäftigung einen negativen Einfluss auf
47 die Weiterbildungschancen und setzen so die generelle Selektion im Bildungssystem fort.

48 Zudem fehlt es an transparenten Zertifizierungssystemen, Durchlässigkeit zwischen den
49 Bildungsgängen und Anrechenbarkeit der (Ausbildungs-)Abschlüsse.

1
2
3 Die Finanzmittel für die Einrichtungen des „Lebenslangen Lernens“ stagnieren seit Jahren.
4 Die Mittel betragen lediglich 17 Mio. Euro und sollten nach dem Willen der Staatsregierung in
5 Gänze gestrichen werden. Betrachtet man den Anteil der Mittel der Erwachsenenbildung am
6 Gesamthaushalt, so sind sie in den letzten 10 Jahren sogar rückläufig. 1997 waren es noch
7 0,6% und seit 2006 sind es nur noch 0,3%.

8
9 Folge: die Teilnehmer müssen immer mehr selbst bezahlen.

10 Beispiel: VHS Bayern zur Finanzierung der Angebote

11 Teilnehmerentgelte	50 %	Anteil Kommunen	30 %
12 Bund und EU	13 %	Land Bayern	8 %

13
14 Nur 22% der Beschäftigten in Bayern haben eine betriebliche Weiterbildung erfahren.

15
16 Es gibt keinen Weiterbildungsanspruch im Gesetz und keinen Anspruch auf Bildungsurlaub.

17
18 (Quellen: Staatshaushalt und Pressemitteilung des bayerischen Staatsministeriums für
19 Soziales)

20
21 **Wir werden,**

- 22
23 - allen Jugendlichen einen gesicherten Zugang zur Berufsausbildung anbieten. Das Recht
24 auf einen Ausbildungsplatz wird gesetzlich fixiert. Alle beruflich Qualifizierten erhalten
25 einen gesicherten Zugang zur Hochschule.
- 26
27 - die beruflichen Schulen als selbständige regionale Kompetenzzentren für die berufliche
28 Aus- Fort- und Weiterbildung ausbauen.
- 29
30 - ein Weiterbildungsgesetz einbringen. Dieses Gesetz ersetzt das
31 Erwachsenenbildungsförderungsgesetz und hat folgendes Grundprinzip:
32 Erwachsenenbildung dient dem Menschen, seinen persönlichen, beruflichen und
33 gesellschaftlichen Bedürfnissen. Erwachsenenbildung beinhaltet damit alle Formen
34 organisierten Lernens nach der Schule, in den gleichrangigen und gleichwertigen
35 Bereichen der allgemeinen, politischen, kulturellen und beruflichen Weiterbildung.
- 36
37 - die Teilnahme und die Abschlüsse an den Angeboten des lebenslangen Lernens durch
38 einen staatlich anerkannten und zertifizierten Weiterbildungspass dokumentieren.
- 39
40 - die Angebote der Erwachsenenbildung in den Zentren für Aus-, Fort- und Weiterbildung
41 als Grundversorgung definieren und verbindlich mit öffentlichen Mitteln finanzieren. Zur
42 Grundversorgung gehören u.a. Angebote der politischen Bildung, Angebote zum Ausbau
43 und Erwerb von Schlüsselqualifikationen wie Sprach-, Kultur- und Medienkompetenzen,
44 Arbeits- und berufsbezogene Weiterbildung. Die von den Einrichtungen der
45 Erwachsenen- und Weiterbildung vorgehaltene Grundversorgung wird vom Staat
46 finanziell abgesichert.
- 47
48 - Arbeitnehmer/innen in allen Altersstufen einen bedarfsgerechten individuellen
49 Freistellungsanspruch einräumen.
- 50
51 - schulabschlussbezogene Maßnahmen des lebenslangen Lernens im Sinne einer
52 „zweiten Chance“ staatlich finanzieren.

53
54
55 **8. Die Bildungsinvestitionen**

1 Bildungsinvestitionen sind Zukunftsinvestitionen. Ziel ist, die Bildungsinvestitionen im
2 bayerischen Staatshaushalt so zu gestalten, dass die vorgetragenen Forderungen
3 mittelfristig komplett finanziert werden können. Investitionen hinterlassen nicht, wie die
4 konservativen Parteien immer wieder behaupten, Schulden für die kommende Generation.
5 Die Erträge hoher Bildungsinvestitionen liegen neben der Verbesserung der Lebenschancen
6 der Menschen der Verringerung der Arbeitslosigkeit, der Ersparnis in den sozialen
7 Sicherungssystemen und der Kriminalitätsbekämpfung sowie in der Erhöhung der
8 Einkommen und der Steuereinnahmen.

9
10 Mit einem besseren Bildungsabschluss sinkt die Arbeitslosigkeit und steigt das
11 Erwerbseinkommen. Insofern ist eine gute Bildung die beste Versicherung gegen
12 Arbeitslosigkeit.

13
14 Darüber hinaus muss die wachsende Bedeutung der Kindertagesstätten und der
15 Grundschule bei der Finanzierung des Bildungswesens besser berücksichtigt werden.

16
17 Die Ausgaben des Freistaates Bayern für Bildung liegen unter dem Durchschnitt der
18 deutschen Länder und weit unter dem Durchschnitt der OECD Länder. Die Verteilung der
19 Finanzmittel in Bayern ist ungerecht.

20 21 **Daten und Fakten**

22
23 Von 100 Personen ohne Schulabschluss sind hierzulande knapp 30 arbeitslos. Von 100
24 Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung dagegen nur 7, mit Hochschulabschluss
25 sogar nur 5.

26
27 Im Jahr 2004 investierten die OECD Staaten durchschnittlich 5,8% des
28 Bruttoinlandsproduktes in die Bildung (Schule und Hochschule). In Bayern waren es im
29 gleichen Jahr 2,91%

30
31 Die Ausgaben je Schüler/Schülerin liegen in Bayern in der Grundschule bei 4.400 Euro, in
32 der Hauptschule bei 6.100 Euro, in der Realschule bei 5.000 Euro und im Gymnasium bei
33 6.300 Euro. Bayern liegt damit deutschlandweit im unteren Mittelfeld der Bildungsausgaben
34 für Schulen.

35
36 Der Anteil derjenigen Ausgaben, die direkt in den Schulen ankommen, sinkt seit Jahren.
37 Gleichzeitig steigt der Anteil der Bildungsausgaben für Versorgung und Beihilfen stetig an.

38
39 (Quellen: Statistische Erhebungen des Bundes und der Länder, Statistisches Bundesamt,
40 Statistik Schule und Bildung in Bayern)

41 42 **Wir werden,**

43
44 die Bildungsinvestitionen im Haushalt des Freistaates Bayern in einer mittelfristigen Planung
45 solange anheben, bis die in diesem Programmpapier vorgestellten Forderungen finanziert
46 sind. Dabei ist ein Schwerpunkt auf die Kindertagesstätten und die Grundschulen zu legen.

47 48 49 **9. Bildungsplanung aus einem Guss**

50
51 Wir wollen die Erziehungs- und Bildungsplanung ohne Brüche gestalten. Die frühkindlichen
52 Einrichtungen gehören ebenso zu einer nachhaltigen Bildungsplanung wie die Schulen und
53 die Einrichtungen der Erwachsenen- und Weiterbildung. Menschen lernen in allen
54 Altersstufen und an allen Lebensorten, wobei dem frühkindlichen Bereich und der
55 Primarstufe eine besondere Bedeutung zukommt.

56

1 Bildung beginnt nicht mit dem Schuleintritt und endet nicht mit dem Schulabschluss. Nach
2 diesem Grundsatz ist eine Bildungsplanung mit regionalen Bildungsnetzwerken, von Anfang
3 an bis ins hohe Alter erforderlich.

4
5 Ein weiterer wichtiger Grundsatz einer regionalen Bildungsplanung ist es, die Kinder und
6 Jugendlichen „im Ort“ zu halten und damit die regionale Identität zu erhalten und zu stärken.
7 Auch deshalb sollen möglichst alle Schulstandorte in Bayern durch intelligente regionale
8 Bildungsplanung erhalten werden.

9 10 **Daten und Fakten**

11 12 Schulschließungen

13
14 Nach Berechnungen des BLLV wurden seit Beginn des Schulversuchs zur 6-stufigen
15 Realschule im Jahr 1991/92 in Bayern 634 Teilhauptschulen und 59 Hauptschulen
16 geschlossen. Von 1.689 Hauptschulstandorten wurden 41 Prozent aufgelöst, nur noch 996
17 Hauptschulen blieben übrig.

18
19 Die Schulplanung geht in Bayern in Richtung großer Schulzentren. Kleine Schulen, vor allem
20 Haupt- und Grundschulen, werden geschlossen. Eine Bildungsplanung in den Regionen
21 findet nicht statt.

22 Es gibt keine Bestandsgarantie für ein- und zweizügige Schulen.

23
24 Die CSU hat mit dem Beschluss vom 22.07.2004 das Aus für kleine Schulen besiegelt.

25 26 Jahrgangsklassen an Grundschulen

27
28 Es gibt in diesem Schuljahr 456 Kombi-Klassen in Bayern, in denen an den Grundschulen
29 jahrgangskombiniert unterrichtet wird. Das spart vor allem Lehrer ein.

30 31 32 **Wir werden,**

- 33
34 - die Zuständigkeiten für alle Bildungseinrichtungen in Bayern im Kultusministerium
35 zusammenfassen. Dies gilt vor allem für die Kindertagesstätten.
- 36
37 - Dafür sorgen, dass in jedem Landkreis und kreisfreien Stadt ein Bildungsplan erstellt
38 wird, der ein wohnortnahes Angebot an Bildungseinrichtungen von den
39 Kindertagesstätten über Schule und die Einrichtungen der Erwachsenenbildung
40 garantiert. Damit wird die regionale Identität erhalten und die Schule bleibt „im Ort“.
- 41 - alle Einrichtungen, in denen Bildung und Ausbildung stattfindet, miteinander vernetzen
42 und ihre Angebote aufeinander abstimmen.

43 44 45 **10. Die Rahmenbedingungen vor der Schule**

46
47 Dem Anspruch der individuellen Förderung „von Anfang an“ folgend wird der Bayerische
48 Bildungs- und Erziehungsplan umgesetzt. Ohne eine ausreichende Personalausstattung und
49 organisatorische Anpassungen ist dies allerdings nicht möglich.

50
51 Die Zahl der Kindertagesstätten in Bayern ist, vor allem für Kinder unter drei Jahren, weit
52 unter dem Bedarf. Die Finanzierung der Kindertagesstätten ist völlig unzureichend. Das
53 BayKiBig führt nicht nur zu einer völlig unangemessenen Personalausstattung sondern auch
54 zu einem enormen Bürokratieaufwand. Die Kosten für die Betreuung in Kindertagesstätten
55 sind für viele Familien unbezahlbar.

56 57 **Daten und Fakten**

1
2 Der Versorgungsgrad bei Kinderkrippen beträgt in Bayern bei Krippen 18,1%, bei
3 Kindergärten 89%, bei Kinderhorten 27,7%.

4
5 Die Kosten betragen, einkommensabhängig, in München zwischen 36 Euro und 421 Euro für
6 einen Krippenplatz (Vergleich Regensburg 540 Euro). Für einen Kindergarten,
7 einkommensabhängig, in München zwischen 35 Euro und 202 Euro (Vergleich Regensburg
8 119 Euro). Für einen Kinderhort, einkommensabhängig, in München zwischen 34 Euro und
9 145 Euro (Vergleich Regensburg 99 Euro)

10
11 (Quelle: Statistische Informationen des Sozialministeriums, Gebührenordnungen der Städte)

12 13 14 **Wir werden,**

- 15
- 16 - die Zuständigkeit für die „Kompetenzzentren Bildung und Erziehung“ im
17 Bildungsministerium etablieren. Dabei ist die Qualität von besonderer Bedeutung. Die
18 Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher ist umgehend einzuleiten.
- 19
- 20 - die Finanzierung der Personalkosten auch für die Bildungszeit vor der Schule vom
21 Freistaat Bayern komplett übernehmen.
- 22
- 23 - den Berechnungsschlüssel für das pädagogische Personal an Kindertageseinrichtungen
24 wird auf 1 zu 7 als verpflichtende Grundlage festlegen.
- 25
- 26

27 **11. Die Rahmenbedingungen der Schule**

28
29 Beste Rahmenbedingungen an den Schulen sind die Grundvoraussetzung dafür, dass
30 nachhaltige Bildung und individuelle Förderung gelingt. Neben der notwendigen Schulreform
31 mit der Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems in Bayern, der Schaffung gerechter
32 Bildungschancen für alle, der Schaffung eines inklusiven Bildungssystems, der Umsetzung
33 eines neuen Bildungsbegriffes und dem Erhalt eines wohnortnahen Bildungsangebotes sind
34 die Rahmenbedingungen die zweite große Herausforderung an die Bildungspolitik in Bayern
35 für die nächsten Jahre.

36
37 Der Schulalltag in Bayern ist nach wie vor geprägt von übervollen Klassen,
38 Unterrichtsausfall, verursacht von einem seit Jahren vorhandenen Lehrermangel. Es fehlen
39 Schulsozialarbeiter/innen ebenso wie Schulsekretärinnen. Die wenigen gebundenen
40 Ganztagschulen sind personell völlig unzureichend ausgestattet. Der Bürokratieaufwand ist
41 in den letzten Jahren dramatisch gestiegen. Unter diesen Rahmenbedingungen ist eine
42 individuelle Förderung der Schüler und Schülerinnen nicht möglich.

43 44 **Daten und Fakten**

45
46 Im Schuljahr 2008/2009 wurden in 2629 von 9358 (28%) der Schulklassen am Gymnasium
47 30 Schüler oder mehr unterrichtet. In 315 Schulklassen waren es sogar 33 Kinder und mehr.
48 In 2236 von 6076 Realschulklassen (36%) wurden 30 Schüler oder mehr unterrichtet. In 280
49 Klassen an Realschulen waren es 33 Schüler/innen oder mehr.

50
51 Der Unterrichtsausfall beträgt an den Schulen bis zu 10%.

52
53 Zum Abbau der zu großen Klassen werden alleine an den Realschulen 10.000 Lehrer/innen
54 zusätzlich benötigt.

1 Die zusätzlichen Planstellen für Lehrer/innen im Schuljahr 2008/2009 decken weder die
2 Reduzierung von Klassenstärken noch den zusätzlichen Lehrerbedarf für Ganztagschulen
3 ab. Individuelle Förderung ist kaum möglich.

4
5 350 Sozialpädagogen/innen werden im Rahmen der Jugendsozialarbeit an Schulen für über
6 5000 Schulen eingesetzt. Für Grund- und Hauptschulen (720.225 Schüler/innen) stehen
7 gerade einmal 127 Planstellen für Schulpsychologen zur Verfügung. Für staatliche
8 Realschulen (169 670 Schüler/innen) stehen gerade einmal 47 Planstellen für
9 Schulpsychologen/innen zur Verfügung. Für staatliche Gymnasien (382 000 Schüler/innen)
10 stehen insgesamt 44 Planstellen für Schulpsychologen/innen zur Verfügung.

11
12 Der Bedarf an zusätzlichen Schulverwaltungsangestellten beläuft sich seit Jahren auf
13 mindestens 300 Stellen

14
15 (Quellen: Landtagsanfragen, Verbandszahlen, Berichte der Staatsregierung)

16 17 18 **Wir werden,**

- 19
- 20 - den Schulen so viele Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung stellen, dass keine
- 21 Schulklassen im Primarbereich mehr als 20 Schüler/innen und im Sekundarbereich mehr
- 22 als 25 Schüler/innen haben muss.
- 23 - Dafür sorgen, dass jede Eingangsstufe, die aus den Klassenstufen 1 und 2 besteht, von
- 24 einem pädagogischen Team unterrichtet wird, das aus 3 Lehrpersonen und einer
- 25 sozialpädagogischen Fachkraft besteht.
- 26
- 27 - zusätzlich Lehrer/innen für die Bildung kleiner Lerngruppen zur individuellen Förderung
- 28 von stärkeren und schwächeren Schüler/innen zur Verfügung stellen.
- 29
- 30 - weitere Lehrerstellen für die Entlastung der Schulleiter, für Fortbildungsmaßnahmen, für
- 31 die Elternarbeit und für Schulveranstaltungen bereitstellen.
- 32
- 33 - allen Schulen so viele Schulsekretärinnen/Sekretäre zuweisen, dass für die gesamte
- 34 tägliche Schulzeit die Erreichbarkeit für die Eltern gewährleistet werden kann.
- 35
- 36 - in jeder Schule bedarfsgerecht Planstellen für Schulsozialarbeiter/innen und
- 37 Schulpsychologen/innen vorhalten.

38 39 40 **12. Die Eigenverantwortlichkeit der Bildungseinrichtungen**

41
42 Bildungseinrichtungen, insbesondere Schulen, brauchen Selbständigkeit, um Verantwortung
43 tragen und die Qualität verbessern zu können. Bildungseinrichtungen brauchen ein hohes
44 Maß an pädagogischer Freiheit und Flexibilität, also weniger zentrale Regulierung.
45 „Gestalten statt Verwalten“ muss das Motto der selbständigen Bildungseinrichtungen
46 werden. Die Verantwortung für die Lern- und Bildungsprozesse muss in der Schule bleiben.

47
48 Größere Selbständigkeit und Verantwortung der einzelnen Bildungseinrichtung machen ein
49 System der internen und externen Evaluation mit Qualitätskontrollen und
50 Leistungsvergleichen erforderlich. Dabei kann es nicht darum gehen, die Schülerinnen und
51 Schüler weiteren und immer neuen Leistungstests zu unterziehen. Es geht um die
52 Bewertung des Erfolges der Bildungseinrichtung, es geht um die Bewertung des Erfolges der
53 individuellen Förderung.

54 55 **Daten und Fakten**

- 1 Von über 5000 Schulen in Bayern sind mit Abschluss dieses Schuljahres rund 1500 Schulen
2 extern evaluiert worden. Die Evaluierung wird vom ISB durchgeführt.
3
- 4 Die Modus 21 Maßnahmen werden mehr oder weniger im Schulalltag durchgeführt. Eine
5 systematische Implementierung gibt es nicht. Auch die Auswahl der Maßnahmen wird den
6 Schulen überlassen. Die am häufigsten durchgeführte Maßnahme war dann auch nicht, die
7 Flexibilisierung der Stundentafel, sondern die verstärkte Einbeziehung von Grundwissen in
8 schriftliche Leistungserhebungen.
9
- 10 Quelle: Schriftliche Anfrage 16/1340 und Wichtige Neuerungen zum Schuljahresbeginn.
11
- 12 **Wir werden,**
13
- 14 - die Lehrpläne durch Kerncurricula, die starre Stundentafel durch Stundenpools ersetzen.
15 Pädagogische Teams mit Lehrer/innen, Schulsozialarbeiter/innen, Psychologen/innen
16 und Erziehungsfachpersonal gehören künftig zum Lehrpersonal an Schulen.
17
 - 18 - die Zuständigkeit des Kultusministeriums in pädagogischen Fragen im Wesentlichen auf
19 folgende Aufgaben beschränken: Entwicklung eines Landesbildungsplanes, der die
20 Bildungsziele für Bayern konkret festlegt, Festlegung von Rahmenlehrplänen, Beratung
21 der Bildungseinrichtungen, Qualitätskontrollen mit interner und externer Evaluation.
22
 - 23 - die Zuständigkeit des Kultusministeriums in organisatorischen Fragen im Wesentlichen
24 auf folgende Aufgaben beschränken: Koordinierung, Finanzierung und Grundsatzfragen.
25 Über den Einsatz des pädagogischen Personals von der Auswahl bis zur Verwendung
26 entscheidet die Schule in der Regel selbständig und eigenverantwortlich. Die
27 Schulbürokratie wird zugunsten der Bildungseinrichtungen dezentralisiert und abgebaut.
28 Insbesondere die Schulämter und die Schulabteilungen an den Regierungen werden
29 abgeschafft.
30
 - 31 - den Bildungseinrichtungen ermöglichen, ihr Bildungsprofil, ihr spezifisches Programm,
32 ihre eigenen Lehr- und Förderpläne und ihre Stundentafeln selbständig zu entwickeln
33 und setzen den Landesbildungsplan eigenverantwortlich um.
 - 34 - den Bildungseinrichtungen für den im Rahmen der größeren Selbständigkeit
35 notwendigen erhöhten Personalbedarf ausreichend Verwaltungspersonal und
36 Lehrerstellen zur Verfügung stellen.

1 Material für die Antragskommission zum kleinen Landesparteitag am 8. Mai 2010

2
3
4 *Der Landesvorstand hat die beigefügten Texte als Material an die Antragskommission*
5 *überwiesen. Aus den Seiten 2 und 3 des Leitantrags und diesen Texten soll dort ein*
6 *abgestimmter Einleitungstext erstellt werden.*

9 1. Vorschlag Klaus Barthel

10
11 Bildung ist der Schlüssel zur Zukunft. Sie kann und muss in Zukunft die Voraussetzungen
12 dafür schaffen,

- 13 • dass die einzelnen Menschen erfolgreich am Erwerbsleben teilnehmen können,
- 14 • dass ein alle Menschen einbeziehender gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht,
- 15 • dass die einzelnen ihre individuellen und kollektiven Interessen erkennen und
16 einbringen
- 17 • und somit unsere Demokratie mit Leben erfüllen können.

18
19 Nur eine umfassend gebildete Gesellschaft wird in der Lage sein, ihre ökonomischen,
20 sozialen und ökologischen Herausforderungen zu meistern. Bildung ist somit Bestandteil
21 jeder sozialdemokratischen Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Anstrengungen in
22 der Bildungspolitik dürfen nicht gegen öffentliche Investitionen, Armutsbekämpfung und
23 soziale Leistungen ausgespielt werden, wie es so genannte Generationengerechtigkeits-
24 Ideologen tun. Nur soziale Sicherheit für alle kann Bildungsgerechtigkeit gewährleisten.

25
26 Nach dem ersten großen reformerischen Anlauf der 60er und 70er Jahre, der wesentlich von
27 Sozialdemokratie und Gewerkschaften getragen wurde, erstarrte in den folgenden
28 Jahrzehnten das deutsche Bildungssystem. Dies geschah unter dem Druck konservativer
29 Elternverbände und Standesorganisationen, unter dogmatisiertem Föderalismus und dem
30 lähmenden Mehltau der Kohl-Ära. Auch eigene Fehler und nachlassender Eifer der
31 Reformkräfte sowie das mangelnde Interesse breiter Wählerschichten und der
32 Medien trugen dazu bei, dass das Bildungssystem in Deutschland auch im internationalen
33 Vergleich weit hinter den Erfordernissen zurückblieb.

34
35 Dies gilt gleichermaßen für alle Teile des Gesamtzusammenhangs von Erziehung,
36 Kinderbetreuung, Schule, Hochschule, berufliche Aus- und Weiterbildung. Weder Staat noch
37 Wirtschaft sind ihren Aufgaben gerecht geworden. Vielmehr geriet Bildung unter neoliberalen
38 Vorzeichen immer mehr in den Bereich der „Eigenverantwortung“ und des Abbaus staatlicher
39 Leistungen, mit allen Konsequenzen der Desintegration, Selektion, Ökonomisierung und
40 Privatisierung.

41
42 Zu Beginn des neuen Jahrtausends, im Zuge sozialdemokratischer
43 Regierungsverantwortung im Bund, rückläufiger Geburtenzahlen, weiter steigenden
44 Fachkräftebedarfes und internationaler Bildungsstudien, erfuhr das Thema Bildung neue
45 Impulse. In Deutschland kamen diese von der SPD-geführten Bundesregierung, blieben aber
46 schon in der Großen Koalition und im Zuge der Föderalismus-Reform wieder stecken.

47
48 Lange Zeit sorgten relativ günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen, relativ geringe
49 gesellschaftliche Problemstellungen, familiäre Strukturen, niedrige Migrantenanteile und
50 Armutsquoten dafür, dass die Probleme der gesellschaftlichen Strukturwandels erst mit
51 Verzögerungen auch das bayerische Bildungs- und Erziehungswesen erreichten. Umso
52 härter trifft jetzt neue gesellschaftliche Realität auf altes Schulsystem. Gleichzeitig stehen wir

1 ganz besonders in Bayern heute vor der Situation, dass der Handlungsbedarf und das
2 tatsächliche Entscheiden und Handeln immer weiter auseinanderklaffen.

3

4 **Zur Lage der Bildung in Bayern**

5

6 Das bayerische Schulsystem setzt einseitig auf Leistungsdruck und eine viel zu frühe
7 Auslese, eine später kaum veränderbare Schullaufbahnentscheidung im 10. Lebensjahr.
8 Immer mehr Eltern, die es sich leisten können, schicken ihre Kinder auf teure Privatschulen.
9 Diese Entwicklung schwächt das staatliche Schulsystem und führt zu einer
10 bildungspolitischen Zweiklassengesellschaft. Die Bildungsverlierer sind insbesondere Kinder
11 aus armen und/oder bildungsfernen Elternhäusern und/oder Familien mit
12 Migrationshintergrund.

13 Die Ermöglichung gerechter Bildungschancen für alle Kinder in Bayern wird immer teurer
14 und von vielen Familien alleine aus finanziellen Gründen nicht mehr leistbar. Der
15 Bildungsauftrag des Staates wird immer mehr privatisiert und in die Elternhäuser verlagert
16 um Kosten zu sparen. Daran kann abgelesen werden, dass die bayerische Bildungspolitik
17 immer noch als Finanzpolitik verstanden wird.

18

19 Die individuelle Förderung der Schüler und Schülerinnen als Grundsatz der Pädagogik
20 kommt zu kurz und wird pauschal festgelegten Lehrplänen „geopfert“. Der individuelle
21 Entwicklungsstand der Schüler/innen steht zu wenig im Mittelpunkt der
22 Bildungsbemühungen. Oftmals können Eltern den Schüler/innen auch nicht mehr helfen, weil
23 sie selbst mit den Anforderungen der heutigen weiterführenden Schulen nicht mehr mithalten
24 können. Die schlechten Rahmenbedingungen an den bayerischen Schulen tun ein Übriges.

25

26 Bayern hat durch seine rückwärtsgewandte Bildungspolitik den Anschluss an die nationale
27 und internationale Bildungsentwicklung verpasst. Seit Jahren ist zu beobachten, dass die
28 europäischen Länder das gegliederte Schulwesen durch integrative Schulsysteme, die dem
29 Prinzip der individuellen_Förderung folgen, ablösen.

30

31 Es ist deshalb erforderlich, das bayerische Bildungssystem den heutigen Realitäten, den
32 gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen anzupassen und den zentralen
33 sozialdemokratischen Grundsatz der Bildungsgerechtigkeit endlich auch in Bayern
34 umzusetzen.

35

36 Dazu bedarf es einer großen und nachhaltigen Bildungsreform in Bayern als
37 gesamtgesellschaftlichen Auftrag. Die von der Staatsregierung immer wieder eingeleiteten
38 Veränderungen sind Flickwerk und konzeptionslos. Dieser Aktionismus und die jahrelange
39 ideologisch geprägte Weigerung, die Bildungsentwicklung in den europäischen Ländern und
40 in den OECD Staaten aufzunehmen, zeigt, dass die CSU in Bayern in allen
41 bildungspolitischen Fragen statt modern und nachhaltig, rückwärtsgewandt ausgerichtet ist.
42 Die CSU in Bayern ist in bildungspolitischen Fragen reformunfähig und der FDP ist es nicht
43 gelungen, trotz programmatisch guter Ansätze, die dogmatische Politik der Staatsregierung
44 zu korrigieren.

45

46 Die derzeitige Bildungspolitik in Bayern ist ein gesellschaftspolitischer Skandal, weil sie viele
47 tausend Jugendliche um ihre Zukunftschancen bringt. Sie gefährdet aber auch die Zukunft
48 der Volkswirtschaft.

49

50 Selbst unter Berücksichtigung der derzeitigen Krisenerscheinungen werden im Jahr 2030,
51 wenn es nicht zu drastischen bildungspolitischen Veränderungen kommt, in Deutschland 5,2
52 Millionen, in Bayern 1,1 Millionen Fachkräfte fehlen (Prognos-Studie für den VBW,
53 28.01.2010). Davon wären rund 70 % AbsolventInnen einer beruflichen Bildung, 30 %
54 AkademikerInnen. Vier von fünf dieser fehlenden Fachkräfte würden im Dienstleistungssektor

1 benötigt. Schon jetzt importiert Bayern Fachkräfte, vor allem aus anderen Bundesländern.
2 Würde dieser Fachkräftemangel tatsächlich zum Tragen kommen, entspräche dies einem
3 kumulierten Wohlstandsverlust bis 2030 allein in Bayern von 650 Mrd. €.

4
5 Gerade ökonomisch betrachtet, erledigt sich somit die Frage nach der Finanzierung erhöhter
6 Bildungsanstrengungen von selbst.

7
8 Die Kernbotschaften sozialdemokratischer Bildungspolitik lauten daher:

- 9 1. Bestmögliche Bildung für alle - keine(r) darf verloren gehen
- 10 2. Durchlässigkeit aller Bildungswege
- 11 3. Chancengleichheit und Förderung statt sozialer Auslese
- 12 4. Gebührenfreiheit – Zugang für alle
- 13 5. Integration
- 14 6. Erziehung – Bildung – Ausbildung – Qualifizierung: Das lebenslange Lernen ist eine
15 gesamtgesellschaftliche Aufgabe mit staatlicher Gewährleistungsgarantie
- 16 7. Geld für Bildung ist Zukunftsinvestition. Sparen ist teuer.

17 18 19 **2. Vorschlag Jusos**

20
21 Jeder Mensch ist einzigartig. Jeder Mensch verfügt über besondere Potenziale und
22 Fähigkeiten. Für uns sind alle in ihrer Würde als individuelle Persönlichkeiten gleich wert,
23 gleich zu achten, gleich zu schützen und zu schätzen – unabhängig von ihrer individuellen
24 Fähigkeiten. Aber vor allem auch ungeachtet ihres Geschlechts, der sozialen und ethischen
25 Herkunft.

26
27 Wir gehen davon aus, dass Menschen – vor allem Kinder und Jugendliche – bildungsfähig
28 und bildungswillig sind. Es kommt darauf an, unterschiedliche Interessen, Neigungen,
29 Fähigkeiten und Fertigkeiten optimal zu stärken. Uns kommt es dabei auf den Menschen an.
30 Es geht deshalb nicht um wirtschaftliche oder unternehmerische Anforderungen. Für uns gilt:
31 Bildung ist ein Menschenrecht und ist damit ein öffentliches Gut.

32
33 Bildung muss die demokratische Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft ermöglichen.
34 Sie gewährleistet den Fortbestand und die Weiterentwicklung unserer demokratischen
35 Gesellschaft. Sie ist ein wichtiger Motor für echten Fortschritt, für die gerechte Umverteilung
36 gesellschaftlicher Macht und das Aufbrechen bestehender Eliten.

37
38 Bildung beinhaltet ein klares Bekenntnis zur sozialen Gleichheit aller Menschen und hat
39 deren Aufklärung und eine Veränderung zu einer solidarischen Gesellschaft zum Ziel. Das ist
40 unsere Vision. Für uns ist klar, dass diese Vision nur erreicht werden kann, wenn Bildung
41 staatliche Aufgabe ist und auch bleibt.

42
43 Um unsere Vision von einer demokratischen, solidarischen Bildung umzusetzen, haben wir
44 anerkannte Instrumente, die es Schritt für Schritt zu erkämpfen gilt. Wir brauchen
45 frühkindliche Bildung, eine integrierte Gesamtschule – eine Schule für alle – eine
46 elternunabhängige Ausbildungsförderung, berufliche und allgemeine Weiterbildung, die nicht
47 an unternehmerischen Interessen ausgerichtet ist, Bildungsmöglichkeiten für Ältere und
48 natürlich mehr politische Bildung. Diese Bildung muss staatlich und gut ausgestattet
49 finanziert werden, denn für uns ist klar: Bildung ist kein Kostenfaktor, sie dient dem
50 individuellen und gesellschaftlichen Wohl und kann damit gerade in der momentanen Krise
51 einen Ausweg bedeuten.

52
53 Demokratische Mitbestimmung aller Beteiligten ist darüberhinaus eine Grundvoraussetzung
54 für ein egalitäres, solidarisches Bildungssystem. Wir setzen dem Konkurrenzdenken und

1 dem individuellen Wettbewerb ein solidarisches Bildungssystem entgegen. Wir wollen nicht,
2 dass Menschen gegeneinander ausgespielt werden, sondern wir kämpfen für ein
3 gemeinsames Lernen und Arbeiten im Team. Wir wollen Eltern bei der Erziehung nicht allein
4 lassen. Für uns ist klar: der Erziehungsauftrag gilt nicht nur für Eltern. Wir wollen Inklusion im
5 Bildungssystem. Inklusion ist die konsequente Weiterführung von Integration. Während der
6 Begriff „Integration“ nahe legt, darunter das Hereinnehmen eines Kindes in ein bestehendes
7 System zu verstehen, ohne das System substantiell zu verändern, geht Inklusion davon aus,
8 dass die Realisierung des Rechts aller Kinder auf gemeinsame Bildung und Erziehung nur
9 durch einen umfassenden Reformprozess zu realisieren ist.

10
11 Nur durch Kooperation und Beteiligung aller an gesellschaftlichen Prozessen kann die
12 Weiterentwicklung unserer Gesellschaft und die wirkliche Gleichheit aller Menschen
13 gewährleistet werden. Für uns ist deshalb frauenspezifische Bildung besonders wichtig,
14 damit unser Ziel der menschlichen Gesellschaft erreicht werden kann.

15
16 Leider haben wir zurzeit in Bayern eine ganz andere Situation. Bildung, egal in welchem
17 Lebensalter, ist abhängig vom eigenen oder vom Geldbeutel der Eltern. Durch Strukturen
18 (Zuständigkeiten von Ministerien, Schulstruktur, Hochschulaufbau, etc.) werden
19 Bildungsmöglichkeiten für die meisten verbaut und nur wenige können sich gute Bildung
20 noch leisten. In Bayern entwickelt sich zunehmend eine Ständegesellschaft. Dies wollen wir
21 ändern! Bildung schafft nicht nur individuelle Teilhabe und Aufstieg, sondern
22 gesellschaftlichen Fortschritt. Deshalb ist Bildung eine öffentliche Aufgabe. Wir fordern, dass
23 zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildungs- und Forschungsausgaben investiert
24 werden.

25
26 Das Bildungssystem ist in den letzten Jahren ein zentrales Feld gesellschaftlicher
27 Auseinandersetzungen geworden. Die Zuspitzung gesellschaftlicher Konflikte,
28 Massenarbeitslosigkeit und prekärer Wohlstand wirken sich auf Bildungsfragen aus, auch
29 weil der Anspruch des „Aufstiegs durch Bildung“ nicht mehr verwirklicht werden kann. Zwar
30 verbessert Bildung die individuellen Chancen, Aufstieg und Wohlstand zu erreichen, es
31 garantiert sie aber nicht. Und die Steigerung der Chancen einer Person wird als Gefährdung
32 der Chancen anderer wahrgenommen, die den Aufstieg bereits absolviert haben und diesen
33 nun für sich und ihre Kinder absichern wollen. Auf der einen Seite verteidigen so diejenigen,
34 die den Aufstieg durch die sozialdemokratische Bildungsexpansion der 70er Jahre geschafft
35 haben in einer eigentümlichen Koalition mit den bürgerlichen Eliten ihren (oft prekären)
36 Wohlstand. Dies geschieht auch dadurch, dass versucht wird, das Bildungssystem so
37 auszugestalten, dass die eigenen Kinder klar separiert von den „Hartz-IV-Kindern“ zur
38 Schule gehen und hierarchisch über diesen das Bildungssystem verlassen.

39
40 Auf der anderen Seite steht eine größer werdende Gruppe von Menschen, die für sich und
41 auch für ihre Kinder resigniert haben. Sie beantworten die Tatsache, dass „Aufstieg durch
42 Bildung“ nicht existiert, mit dem weitgehenden Verzicht auf Bildungsanstrengungen (wie
43 auch insgesamt mit einem Rückzug aus der Gesellschaft). Armut und gesellschaftliche
44 Ausgrenzung wird so auf die Kinder vererbt, für die der Weg „Grundschule, Hauptschule,
45 Hartz IV“ vorgezeichnet scheint und die dies auch für sich selbst als den einzig realistischen
46 Weg betrachten. Die Reaktion auch der Kinder ist die weitgehende Verweigerung von
47 Bildung, da dies in ihrem Empfinden nichts bringt.

48
49 Sozialdemokratische Bildungspolitik kann nur erfolgreich sein, wenn sie sich dieses
50 Interessensgegensatzes – Absicherung des prekären Wohlstandes durch Abgrenzung und
51 Ausgrenzung im Bildungswesen einerseits, Rückzug aus dem Bildungssystem wegen der
52 fehlenden Aufstiegs-Chance andererseits – bewusst ist und versucht, ihn aufzulösen. Denn
53 der Gegensatz geht mitten durch sozialdemokratische StammwählerInnenschaft und
54 kollidiert mit dem ursozialdemokratischen Ziel „Gleiche Bildung für alle“. Sozialdemokratische

1 Bildungspolitik muss so einerseits denjenigen, die sich durch eine weitere Bildungsexpansion
2 bedroht sehen, eine Absicherung ihres Status' garantieren (hier greift Bildungspolitik alleine
3 zu kurz, sie muss durch Sozial-, Arbeitsmarkt- und Verteilungspolitik ergänzt werden).
4 Andererseits muss sie das Aufstiegsversprechen erneuern und für die Re-Integration der
5 ausgegrenzten und sich selbst ausgrenzenden Menschen in das Bildungswesen sorgen
6 (auch hier reicht Bildungspolitik alleine nicht). Dies geht nur durch eine Bildungsexpansion
7 und den Ansatz einer egalitären Bildung bei gleichzeitiger Umverteilungspolitik.